

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Bezirksausschusses Müschede am Montag, 29. Januar 2024, Feuerwehrgerätehaus Müschede, Hubertusstraße 8, 59757 Arnsberg-Müschede

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 18:14 Uhr

Anwesend

Ausschussvorsitzende:r

Hillebrand, Christoph

Ausschussmitglied

Geilker, Martina

Plothe, Sebastian

Prachtel, Markus

Schulte, Christian

Schulte-Weber, Friedrich

Stakemeier, Richard

Stüttgen, Gerd

Vollmer-Lentmann, Julia

Vertreter für Heike Daum

Vertreter für Willy Willmes

beratendes Mitglied

Hövelmann, Andreas

Vertreter für Christopher Rath

abwesend

Daum, Heike

Willmes, Willy

Lintel-Höping, Heike

Rath, Christopher

Schwingenheuer, Ferdinand

Schriftführung

Jaekel, Lena

Gast

Huber, Antje

Schulleiterin der Grundschule Müschede

I. Öffentlicher Sitzungsteil

TAGESORDNUNG

1. Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder, der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt die anwesenden Ausschussmitglieder, die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Schriftführung der heutigen Sitzung wird Lena Jaekel bestellt.

2. Äußerungen zur Niederschrift über die letzte Ausschusssitzung vom 23.10.2023

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift über die Ausschusssitzung vom 23.10.2023 werden keine Einwendungen erhoben.

3. Grundschule Müschede hier: mündlicher Bericht der Schulleiterin

Herr Hillebrand übergibt das Wort an Frau Huber, Schulleiterin der Grundschule Müschede, um über die aktuelle Situation der OGS zu berichten.

Frau Huber berichtet, dass die Grundschule lange Zeit einzügig war. Aufgrund sinkender Schüler:innenzahlen konnte bereits von einer Schließung oder Zusammenlegung mit einer anderen Schule ausgegangen werden.

Die derzeitige Situation zeichnet sich gegenteilig ab, die Anmeldezahlen steigen weiter an und zum jetzigen Zeitpunkt ist die Schule 1,5 zügig. Zukünftig kann auch von einer temporären Zweizügigkeit ausgegangen werden.

Dies stellt insbesondere die OGS vor Herausforderungen bzgl. der Raumkapazität.

Die Schule bietet zwei verschiedene OGS Betreuungsangebote an: 29 der 119 Kinder nutzen das Zusatzangebot bis 13 Uhr, 48 Kinder besuchen die OGS bis 16 Uhr. Somit sind rund 75% der Schüler:innen in einer Form der OGS angemeldet. Für die OGS stehen derzeit drei Räume und eine Küche zur Verfügung. Darüber hinaus wird die Pausenhalle für die Nachmittagsbetreuung genutzt. Im kommenden Schuljahr wird von einer Zweizügigkeit ausgegangen, was die Schule vor weitere räumliche Herausforderungen stellt.

Eine Anmietung des Hubertushauses wird vom Betreuungsträger SkF für die OGS Betreuung abgelehnt, da eine räumliche Trennung zwischen Unterrichts- und OGS-Räumen als nicht sinnvoll betrachtet wird.

Ein Anbau kommt aus Kostengründen seitens der Verwaltung nicht infrage, da nur von einer vorübergehenden Zweizügigkeit ausgegangen wird. Frau Huber ist der Meinung, dass kein Schüler/keine Schülerin aufgrund der räumlichen Situation abgewiesen werden sollte, da aus ihrer Sicht ein kurzer Schulweg erstrebenswert ist.

Der Schulträger empfiehlt als Lösung, dass die Klassenräume auch in der Nachmittagsbetreuung genutzt werden sollen.

Eltern und Lehrer stehen diesem Vorschlag kritisch gegenüber, da die Räume zu klein seien und eine anderweitige Gestaltung und Abwechslung für die Kinder nicht möglich wäre. Darüber hinaus werden die Klassenräume derzeit auch für Förderkurse und Hausaufgabenbetreuung genutzt, gelegentlich auch für Elterngespräche.

Abschließend möchte Frau Huber mitteilen, dass sie das Raumangebot für die OGS Betreuung als nicht ausreichend betrachtet und sich eine Lösung des Problems wünscht.

Herr Hillebrand unterstützt die Ansicht von Frau Huber und bedauert, dass der Ankauf und die anschließende Vermietung an die Stadtverwaltung als Schulträger gescheitert sind.

Auf Nachfrage von Frau Vollmer-Lentmann, wie der Stand des Lösungsvorschlags zum Kleinanbau ist, erklärt Frau Huber, dass dies aus Kostengründen für einen temporären Anstieg der Schüler:innenanzahlen seitens der Stadt abgelehnt wird. Auch eine Aufstellung von Containern gestaltet sich als schwierig, da auf der Schulwiese keine Anschlüsse liegen. Auch ein zweistöckiger Neubau der Pausenhalle ist nicht möglich, da das Fundament nur für ein einstöckiges Gebäude ausgelegt ist.

Nach reger Diskussion fordert der Bezirksausschuss die Anmietung des Pfarrheims als OGS-Betreuungsräumlichkeit nochmal zu prüfen und beschließt, den SkF zu einem gesonderten Termin einzuladen.

Als Anhang an die Niederschrift wird um die aktuellen und prognostizierten Anmeldezahlen gebeten.

Nachtrag:

Zum Stand 26.01.2024 haben sich 34 Kinder für die Grundschule Müschede angemeldet.

4. 216/2023 Stadt-/Kreiswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" 2024

Herr Hillebrand ist der Meinung, dass sich Müschede bei dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ bewerben sollte. Er erklärt zum Ablauf, dass die Sieger des Stadtwettbewerbes anschließend für den Kreiswettbewerb zugelassen werden. Bei einem gemeinsamen Rundgang durch Müschede werden der Jury die verschiedenen Projekte im Dorf vorgestellt.

Der Bezirksausschuss beschließt einstimmig, dass der Stadtteil Müschede am Stadtwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ im Jahr 2024 teilnimmt.

5. 213/2023 Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Arnsberg - ABK 2024-2029 7. Fortschreibung

Herr Hillebrand hat die Pläne des Abwasserbeseitigungskonzeptes für Müschede zur besseren Ansicht aufgehängt und gibt nach Rücksprache mit Herrn Horst Meier, Geschäftsbereichsleiter Stadtentwässerung/Parkraum, folgende weitere Informationen:

Als Erstes erfolgt der Vollausbau der Straßen „Hohlweg“ und „Zur Ümcke“. In 2026 wird der Vollausbau der „Hubertus Straße“ angestrebt. In der Auflistung der Maßnahmen sind bei dieser keine Kosten eingetragen, da die finanziellen Mittel bereits im letzten Haushalt zur Verfügung gestellt wurden. Die finanziellen Mittel für weitere Maßnahmen werden in den künftigen Haushalt eingebracht.

Reine Kanalbaumaßnahmen finden in einem Teil der „Norbert-Michel-Straße“ (2028), im unteren Teil der Straße „Sültkamp“ (2026) und zum Teil in der „Rönkhauser Straße“ (2029) statt.

Ebenfalls soll der „Röhrtalsammler“, ein alter Kanal aus den 1960er Jahren, in Zeitgruppe II ab 2030 saniert werden.

Daneben sollen noch weitere kleine Maßnahmen stattfinden.

Frau Vollmer-Lentmann bittet die Verwaltung um Prüfung, ob in dem Zuge der Kanalsanierungen auch ein Neubau mancher Straßen möglich wäre. Derzeit laufe eine Förderung für den Neubau und die Verbreiterung von Gehwegen, welche evtl. in Anspruch genommen werden könne.

Der Bezirksausschuss Müschede empfiehlt einstimmig das

Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Arnsberg – ABK 2024 bis 2029 – 7. Fortschreibung

mit nachstehendem Investitionsvolumen für die Jahre 2024 bis 2029

	2024	2025	2026	2027	2028	2029
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Gesamtsumme:	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
Davon entfallen auf:						
• Erschließungsmaßnahmen	670	460	380	0	430	0
• Maßnahmen mit Straßenbau	3.350	3.655	3.565	4.560	4.305	3.350
• Maßnahmen wegen Sanierungsverfügungen	0	0	0	0	0	0
• hydraulische und	620	1.520	780	1.190	460	950
• bauliche Sanierung	1.360	365	1.275	250	805	1.700
• punktuelle Reparaturen	nicht investiv -> findet sich jährlich im Wi-Plan mit einem Ansatz von 500 T€ unter Unterhaltung					

**6. Sportplatz Müschede
- Dachsanierung Hausmeistertrakt
- aktueller Stand Hochwasserschutz
hier: schriftliche Stellungnahmen der Verwaltung**

Der Bezirksausschuss nimmt die Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.

**7. Verfahren Lärmaktionsplan B229
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Der Bezirksausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum generellen Verfahren des Lärmaktionsplans zur Kenntnis.

Herr Hillebrand merkt an, dass eine Vorab-Information über die öffentliche Beteiligung für den Bezirksausschuss wünschenswert gewesen wäre.

Laut Herrn Stüttgen handelt es sich bei der B229 um die meist befahrene Straße im Stadtgebiet. Er äußert sein Bedauern, sollten hier keine Maßnahmen zur Lärmeindämmung getroffen werden können. Er regt an, Straßen.NRW als Straßenbaulastträger zur nächsten Sitzung einzuladen.

Als mögliche lärmindernde Maßnahmen werden die Einrichtung einer Tempo 30 Zone, Flüsterasphalt und förderfähige Maßnahmen an Privatgebäuden wie neue Fenster und zusätzliche Dämmung vorgeschlagen.

Herr Schulte-Weber sieht eine Geschwindigkeitsreduzierung als nicht sinnvoll an, da es zu Stoßzeiten bereits zu stockendem bis stehenden Verkehr kommt. Dies würde das Problem noch verschlimmern.

Auf Nachfrage von Frau Geilker erklärt Herr Plothe, dass eine Fortführung der Umgehungsstraße um Müschede aufgrund fehlender Flächen zwischen der Wepa und dem Steinbruch nicht weiter verfolgt wurde.

Der Bezirksausschuss bittet die Verwaltung um Prüfung, ob an der „Rönkhauser Straße“ auf Höhe der Abzweigung Richtung „Norbert-Michel-Straße“ eine Abbiegespur eingerichtet werden kann, um einen verbesserten Verkehrsfluss zu ermöglichen. Alternativ wird um eine Verbreiterung der Straße an dieser Stelle gebeten.

**8a. Bürgersteig "Steinbergstraße"
hier: Antrag der CDU Müschede**

Der Bezirksausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Geilker regt an, dass die Verwaltung eine mögliche Förderung über den Neubau oder die Verbeiterung von Gehwegen prüfen möge, die Frau Vollmer-Lentmann im Zuge des Abwasserbeseitigungskonzeptes angeregt hatte.

8b. Verschiedenes

Herr Hillebrand ergänzt den Punkt „Verschiedenes“.

i)

Die beim Senioren Nachmittag verlorene Fahrt soll zum Werk Neheim stattfinden. Es stehen zwei Termine zur Auswahl: 01.03.2024 oder 05.04.2024.

Der Ausschuss einigt sich auf den 01.03.2024. Vor der Fahrt soll um 15 Uhr ein gemeinsames Kaffeetrinken im Schützenkrug stattfinden.

ii)

Herr Hillebrand fordert die Umsetzung des Parkverbots in der Straße „Krakeloh“. Dies wurde bereits mehrfach seitens des Ausschusses angeregt und er steht in engem Kontakt mit der Straßenverkehrsbehörde. Letzte Woche sei es aufgrund der Parksituation zu einem Unfall gekommen. Herr Pieper hat bereits signalisiert, dass es im Februar nochmal einen Vor-Ort-Termin geben soll.

Nachtrag:

Der Niederschrift liegt eine Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde bei.

Die Straßenverkehrsbehörde ordnet für den entsprechenden Bereich ein absolutes Haltverbot mit der Aufhebung nach der Kurve, auf der K2, an.

Christoph Hillebrand
Ausschussvorsitzender

Lena Jaekel
Schriftführerin

Arnsberg, 05.02.2024